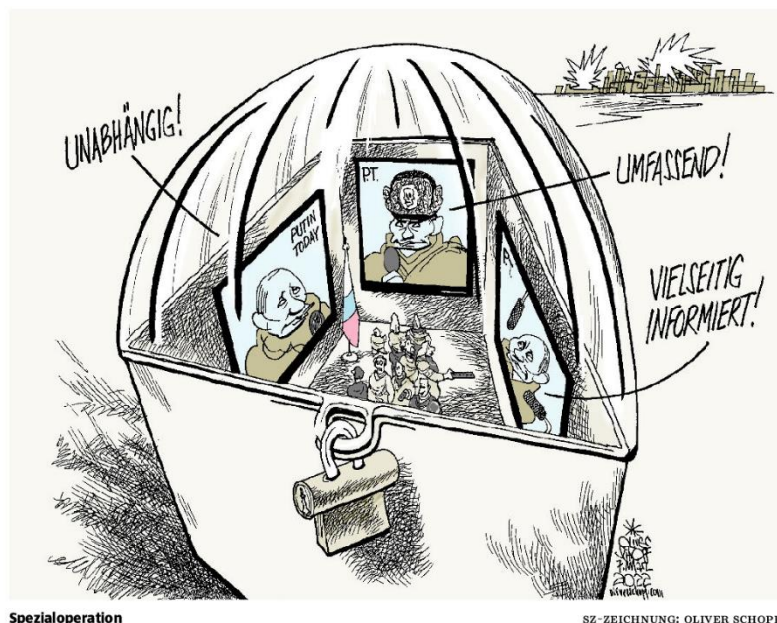


„Unkalkulierbares Risiko“

Der Krieg in der Ukraine wird zunehmend auch zu einem Informationskrieg. Grund dafür ist ein von der russischen Regierung erlassenes Gesetz, das die Verbreitung von „Falschinformationen“ eindämmen soll.

1. Auch wenn ein Gesetz gegen die Verbreitung von Falschinformationen zunächst einmal gut klingt, ist davon auszugehen, dass mit dem Gesetz andere Ziele verfolgt werden. Betrachtet die Karikatur, die in der Süddeutschen Zeitung am 07.03.2022 auf der Seite „Meinung“ erschienen ist. Veranaltet ein Blitzlicht in der Klasse, bei dem ihr eure Gedanken dazu äußert, welche Gefahren von dem russischen Gesetz gegen „Falschinformationen“ ausgehen könnten.



Spezialoperation

SZ-ZEICHNUNG: OLIVER SCHOPF

Süddeutsche Zeitung
07.03.2022, Meinung

Das neue Mediengesetz hat aber nicht nur Auswirkungen auf Russland, sondern auch auf internationale Medien und die internationale Berichterstattung.

2. Lest nun den Artikel „Unkalkulierbares Risiko“, ebenfalls vom 07.03.2022 auf der Seite „Thema des Tages“ und macht euch Notizen zu folgenden Fragen:
 - Warum spielt im Krieg in der Ukraine auch eine Berichterstattung aus Russland eine wichtige Rolle?
 - Wie hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland auf das neue russische Mediengesetz reagiert?

- Was rät das Auswärtige Amt deutschen Privatpersonen, die sich in Russland aufhalten hinsichtlich Meinungsäußerungen zum Krieg?
 - Welche Strafen drohen bei Verstößen gegen das Gesetz?
 - Welche Beispiele dazu, was die russische Regierung unter „Falschinformation“ versteht, nennt der Text?
 - Wie begründen internationale Fernsehsender das Ende ihrer Berichterstattung aus Russland?
 - Welche Auswirkungen werden durch das Gesetz sowohl für die Menschen in Russland als auch in westlichen Staaten befürchtet?
3. Vergleicht eure Ergebnisse zu zweit und ergänzt ggf. eure Notizen.
4. Stellt euch vor, eure Klasse wäre die Redaktion eines großen deutschen Mediums, das auch über den Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen in Russland berichtet. Und ihr müsstet nun darüber entscheiden, ob ihr weiterhin Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Russland arbeiten lasst. Was passiert, wenn ihr es tut? Was passiert, wenn ihr es nicht tut?
- a. Sammelt in Vierergruppen Argumente dafür und dagegen. Ihr könnt auch die Argumente aus dem Zeitungsartikel verwenden.
 - b. Tauscht eure Argumente zu diesem Thema mithilfe einer Redekette aus.
5. Information um welchen Preis? Verfasst abschließend einen Kommentar dazu, dass deutsche und internationale Medien ihre Berichterstattung aus Russland einstellen, indem ihr zustimmend oder ablehnend Stellung bezieht.

Tipp: Hinweise zum Schreiben eines Kommentars findet ihr im Kompendium, S. 21-23.

Zusatzaufgabe:

Die Süddeutsche Zeitung hat dem neuen russischen Mediengesetz am 07.03.2022 eine ganze Seite in ihrer Printausgabe gewidmet. Warum ist es so wichtig, dass Medien auch über solche Facetten des Krieges berichten?

Unkalkulierbares Risiko

Was wahr ist und was Fake News, bestimmt fortan die russische Regierung. Nach dem Erlass eines neuen Mediengesetzes ziehen sich daher internationale Sender aus dem Land zurück

Der russische Krieg in der Ukraine ist auch ein Krieg um Informationen. Dabei sind nicht nur die Geschehnisse um Kiew, Char-kiw und Mariupol von weitestem Interesse. Auch Erkenntnisse über die Situation in Russland haben höchste Relevanz. Wie ist die Stimmung im Land angesichts des Angriffskriegs der russischen Regierung? Welche Auswirkungen haben internationale Sanktionen auf das Leben dort? Welchen Reaktionen sind Kritiker und Demonstranten ausgesetzt? Doch es wird schwieriger, unabhängig aus dem Land zu berichten – weil Wladimir Putin es nicht will.

Auch ARD und ZDF werden „von anderen Standorten“ über die Ereignisse in Russland berichten

Nachdem Russlands Präsident am Freitagabend ein harsches Mediengesetz unterzeichnet hat, das für das Verbreiten von Fake News über die russischen Militärationen Haftstrafen androht, setzen ARD und ZDF sowie zahlreiche internationale Medien die Berichterstattung aus ihren Moskauer Studios bis auf Weiteres aus.

„Die beiden öffentlich-rechtlichen Sender werden von ihren anderen Standorten aus weiterhin das Publikum umfassend über das Geschehen in Russland und der Ukraine informieren“, teilte der für das

ARD-Studio Moskau federführende WDR mit, Programmleiter Jörg Schönborn habe sich „eine eigene Definition von Wahrheit entwickelt“. Es sei im Moment nicht klar, was „wahrheitsgemäße Berichterstattung für unsere Teams“ bedeute. „Die müssen wir schützen.“ Auch das öffentlich-rechtliche Deutschlandradio setzte die Berichterstattung aus Moskau aus. Der Russland-Korrespondent werde aus dem Warschauer Studio arbeiten, teilte ein Sprecher mit.

Unterdessen rät das Auswärtige Amt Deutschen in Russland, sogar bei privaten Äußerungen auf Twitter oder Facebook vorsichtig zu sein. „Auch private Äußerungen in sozialen Medien können nach diesem neuen Gesetz in der Russischen Föderation mit unberechenbaren persönlichen Risiken verbunden sein“, heißt es in den aktualisierten Reise- und Sicherheitshinweisen. „Es wird zu äußerster Zurückhaltung oder alternativ zur Ausreise geraten.“ Das neue Gesetz ermögliche „die willkürliche Verhängung hoher Haftstrafen für öffentliche Äußerungen.“

Bereits tags zuvor hatten mehrere internationale Sender und Nachrichtenagenturen ihre Arbeit in Russland eingestellt – darunter die US-Sender CNN und Bloomberg, die britische BBC, der kanadische Sender CBC, Radio Free Europe und die italienische RAI.

Das Mediengesetz schränkt die Meinungsäußerung in Russland massiv ein. Bis zu 15 Jahre Haft drohen jedem, der angebliche „Falschinformationen“ über Russlands Streitkräfte verbreitet. Auch wer die Armee öffentlich „verunglimpft“, muss mit Strafen rechnen. Das russische Parla-

ment hatte zuvor der entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt.

Was der Staatsapparat unter Falschinformation versteht? Bereits seit vergangener Woche ist es Medien in Russland verboten, in der Berichterstattung Begriffe wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ zu verwenden. Moskau bezeichnet den Krieg als militärische „Spezialoperation“.



„Wir sind nicht bereit, sie dem Risiko der Strafverfolgung auszusetzen, nur weil sie ihren Job machen.“ Die BBC schützt Mitarbeitende in Russland. FOTO: REUTERS

Zugangssperre zu Twitter und Facebook besorgt auch das Weiße Haus

„Diese Gesetzgebung scheint den Prozess des unabhängigen Journalismus zu kriminalisieren“, wird BBC-Generaldirektor Tim Davie über Twitter zitiert. Das lässt der BBC keine andere Option, als die Arbeit aller Mitarbeiter in der Russischen Föderation zu stoppen: „Wir sind nicht bereit, sie dem Risiko der Strafverfolgung auszusetzen, nur weil sie ihren Job machen.“

Ähnlich begründete der US-Sender Bloomberg seine Entscheidung. Die Verschärfung des Gesetzes schiene darauf abzuzielen, jeden unabhängigen Journalisten, jede Journalistin zu Kriminellen zu machen, sagte Chefredakteur John Micklethwait. Das mache es unmöglich, irgendeinen Anzeichen von normalem Journalismus im Land fortzusetzen.

Nicht nur wird es künftig schwieriger, unabhängige Informationen über die Situation in Russland zu erhalten. Auch die Menschen in Russland haben kaum mehr Möglichkeiten, sich objektiv über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu informieren. Immer mehr kritische Medien in Russland werden abgeschaltet, zuletzt die unabhängigen Sender Doschd und Echo Moskwy. Laut der Nachrichtenagentur Tass blockieren die Behörden in Russland seit Freitagabend zudem den Zugang zu Twitter und Facebook. Die US-Regierung kritisiert dieses Vorgehen als „Teil umfassender Bemühungen der russischen Führung, den Bürgern eine ganze Reihe von Informationen vorzuenthalten“. Jen Peski, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, zeigte sich „hief besorgt“ über die Bedrohung der Redefreiheit.

Im ukrainischen Kriegsgebiet müssen Journalistinnen und Journalisten unterdessen um ihr Leben fürchten. Mutmaßlich russische Truppen sollen in der Nähe von Kiew ein Team des britischen TV-Senders Sky News unter Beschuss genommen haben, wie der Sender am Samstag berichtete. Chefkorrespondent Stuart Ramsay sei verwundet worden, Kameramann Ritchie Mockler von Kugeln getroffen. Der Vorfall soll sich bereits am Montag ereignet haben. Beide Männer hätten den Angriff überlebt.

GÖKALP BABAYIGIT

„Unkalkulierbares Risiko“

Was wahr ist und was Fake News, bestimmt fortan die russische Regierung. Nach dem Erlass eines neuen Mediengesetzes ziehen sich daher internationale Sender aus dem Land zurück

Der russische Krieg in der Ukraine ist auch ein Krieg um Informationen. Dabei sind nicht nur die Geschehnisse um Kiew, Charkiw und Mariupol von weltweitem Interesse. Auch Erkenntnisse über die Situation in Russland haben höchste Relevanz: Wie ist die Stimmung im Land angesichts des Angriffskriegs der russischen Regierung? Welche Auswirkungen haben internationale Sanktionen auf das Leben dort? Welchen Repressalien sind Kritiker und Demonstranten ausgesetzt? Doch es wird schwieriger, unabhängig aus dem Land zu berichten – weil Wladimir Putin es nicht will.

Nachdem Russlands Präsident am Freitagabend ein harsches Mediengesetz unterzeichnet hat, das für das Verbreiten von Fake News über die russischen Militäraktionen Haftstrafen androht, setzen ARD und ZDF sowie zahlreiche internationale Medien die Berichterstattung aus ihren Moskauer Studios bis auf Weiteres aus.

„Die beiden öffentlich-rechtlichen Sender werden von ihren anderen Standorten aus weiterhin das Publikum umfassend über das Geschehen in Russland und der Ukraine informieren“, teilte der für das ARD-Studio Moskau federführende WDR mit. Programmdirektor Jörg Schönenborn sagte in der Tagesschau, in Russland habe sich „eine eigene Definition von Wahrheit entwickelt“. Es sei im Moment nicht klar, was „wahrheitsgemäße Berichterstattung für unsere Teams“ bedeute. „Die müssen wir schützen.“ Auch das öffentlich-rechtliche Deutschlandradio setzte die Berichterstattung aus Moskau aus. Der Russland-Korrespondent werde aus dem Warschauer Studio arbeiten, teilte ein Sprecher mit.

Unterdessen rät das Auswärtige Amt Deutschen in Russland, sogar bei privaten Äußerungen auf Twitter oder Facebook vorsichtig zu sein. „Auch private Äußerungen in sozialen Medien können nach diesem neuen Gesetz in der Russischen Föderation mit unberechenbaren persönlichen Risiken verbunden sein“, heißt es in den aktualisierten Reise- und Sicherheitshinweisen. „Es wird zu äußerster Zurückhaltung oder alternativ zur Ausreise geraten.“ Das neue Gesetz ermögliche „die willkürliche Verhängung hoher Haftstrafen für öffentliche Äußerungen“.

Bereits tags zuvor hatten mehrere internationale Sender und Nachrichtenagenturen ihre Arbeit in Russland eingestellt – darunter die US-Sender CNN und Bloomberg, die britische BBC, der kanadische Sender CBC, Radio Free Europe und die italienische RAI.

Das Mediengesetz schränkt die Meinungsäußerung in Russland massiv ein. Bis zu 15 Jahre Haft drohen jedem, der angebliche „Falschinformationen“ über Russlands Streitkräfte verbreitet. Auch wer die Armee öffentlich „verunglimpfe“, muss mit

Strafen rechnen. Das russische Parlament hatte zuvor der entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt.

Was der Staatsapparat unter Falschinformation versteht? Bereits seit vergangener Woche ist es Medien in Russland verboten, in der Berichterstattung Begriffe wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ zu verwenden. Moskau bezeichnet den Krieg als militärische „Spezialoperation“. Zudem kann ein Bußgeld verhängt werden für öffentliche Aufrufe zu Sanktionen gegen Moskau. Russische Nachrichtensender berichten derweil ganz auf Regierungslinie über die „Befreiung des Brudervolks“ in der Ukraine und von angeblichen Nazis in der ukrainischen Staatsspitze.

„Diese Gesetzgebung scheint den Prozess des unabhängigen Journalismus zu kriminalisieren“, wird BBC-Generaldirektor Tim Davie über Twitter zitiert. Das lasse der BBC keine andere Option, als die Arbeit aller Mitarbeiter in der Russischen Föderation zu stoppen: „Wir sind nicht bereit, sie dem Risiko der Strafverfolgung auszusetzen, nur weil sie ihren Job machen.“

Ähnlich begründete der US-Sender Bloomberg seine Entscheidung. Die Verschärfung des Gesetzes scheine darauf abzielen, jeden unabhängigen Journalisten, jede Journalistin zu Kriminellen zu machen, sagte Chefredakteur John Mickelthwait. Das mache es unmöglich, „irgendeinen Anschein von normalem Journalismus im Land fortzusetzen“.

Nicht nur wird es künftig schwieriger, unabhängige Informationen über die Situation in Russland zu erhalten. Auch die Menschen in Russland haben kaum mehr Möglichkeiten, sich objektiv über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu informieren. Immer mehr kritische Medien in Russland werden abgeschaltet, zuletzt die unabhängigen Sender Doschd und Echo Moskwj. Laut der Nachrichtenagentur Tass blockieren die Behörden in Russland seit Freitagabend zudem den Zugang zu Twitter und Facebook. Die US-Regierung kritisierte dieses Vorgehen als „Teil umfassenderer Bemühungen der russischen Führung, den Bürgern eine ganze Reihe von Informationen vorzuenthalten“. Jen Peski, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, zeigte sich „tief besorgt“ über die Bedrohung der Redefreiheit.

Im ukrainischen Kriegsgebiet müssen Journalistinnen und Journalisten unterdessen um ihr Leben fürchten. Mutmaßlich russische Truppen sollen in der Nähe von Kiew ein Team des britischen TV-Senders Sky News unter Beschuss genommen haben, wie der Sender am Samstag berichtete. Chefkorrespondent Stuart Ramsay sei verwundet worden, Kameramann Richie Mockler von Kugeln getroffen. Der Vorfall soll sich bereits am Montag ereignet haben. Beide Männer hätten den Angriff überlebt.

Gökalp Babayiğit